



22.057

Soziale Sicherheit.

Abkommen mit Albanien

Sécurité sociale.

Convention avec l'Albanie

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Antrag der Mehrheit

Eintreten

Antrag der Minderheit

(Glarner, Amaudruz, de Courten, Herzog Verena, Rösti, Schläpfer)

Nichteintreten

Proposition de la majorité

Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Glarner, Amaudruz, de Courten, Herzog Verena, Rösti, Schläpfer)

Ne pas entrer en matière

Maillard Pierre-Yves (S, VD), pour la commission: Ces conventions de sécurité sociale constituent un exercice maintenant bien connu. Le Conseil fédéral a déjà signé des conventions analogues avec de nombreux pays des Balkans: le Monténégro, la Serbie, le Kosovo, la Bosnie-Herzégovine. Il restait donc l'Albanie, pour laquelle un tel projet est ainsi proposé. Le Conseil fédéral l'a adopté le 24 août 2022. Cette coordination en matière de sécurité sociale prévoit de coordonner les régimes de prévoyance vieillesse et d'assurance-invalidité, de permettre le versement de rentes à l'étranger, d'assurer l'égalité de traitement entre les citoyens des deux Etats et d'éviter le double assujettissement. Le principe de l'assujettissement au lieu d'exercice de l'activité lucrative est ainsi confirmé. La présente convention crée également une base pour la lutte contre les abus et pour permettre l'entraide administrative entre Etats.

La Suisse limite l'égalité de traitement pour les rentes AI inférieures à 50 pour cent et pour les allocations pour impotent. L'Albanie a aussi quelques restrictions équivalentes. Cette convention, je le rappelle, ne règle que les dépenses des assurances sociales – AVS et AI –, mais elle ne permet par exemple pas l'exportation des prestations complémentaires ou de l'aide sociale, de sorte que lorsque quelqu'un décide de rentrer en Albanie pour recevoir son AVS, il ne perçoit pas de prestations complémentaires.

C'est pourquoi les surcoûts qui sont estimés à environ 2,5 millions de francs, qui sont relativement modestes, doivent être relativisés, puisque des économies ont lieu chaque fois que ces conventions sont réalisées, notamment au niveau des dépenses des cantons pour l'aide sociale ou des dépenses pour les prestations complémentaires, qui sont réparties entre Confédération et cantons.

Voilà les éléments que l'on peut dire en introduction.

Cette convention a été approuvée par la commission par 17 voix contre 6 et aucune abstention. Au nom de la claire majorité de la commission, je vous invite à approuver cette convention.

Silberschmidt Andri (RL, ZH), für die Kommission: Stellen Sie sich vor, Sie haben Ihr ganzes Leben in ein Sozialwerk einbezahlt, und bei Antritt Ihres Ruhestands werden Ihnen keine Leistungen ausbezahlt. Genau dies erleben Rentnerinnen und Rentner, welche sich dazu entscheiden, ihren Ruhestand in Albanien zu verbringen. Die Meinung Ihrer Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit ist in dieser Sache klar. Es ist nichts als fair, wenn Menschen, die während des Erwerbslebens in ein Sozialwerk einbezahlt haben, beim wohlverdien-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2022 • Fünfte Sitzung • 05.12.22 • 14h30 • 22.057
Conseil national • Session d'hiver 2022 • Cinquième séance • 05.12.22 • 14h30 • 22.057



ten Renteneintritt Anspruch auf Leistungen der Altersvorsorge geltend machen können. Dieser Grundsatz ist eine Selbstverständlichkeit und soll für alle gleichermaßen gelten, auch für Rentnerinnen und Rentner, welche sich entscheiden, die Schweiz nach ihrem Renteneintritt zu verlassen und beispielsweise nach Albanien zu gehen.

Um diese Selbstverständlichkeit auch im Ausland zu garantieren, um die jeweiligen Sozialversicherungssysteme mit jenem der Schweiz koordinieren zu können, ist der Abschluss eines zwischenstaatlichen Vertrages notwendig. Deshalb hat die Schweiz mit über fünfzig Staaten zwischenstaatliche Vereinbarungen über die soziale Sicherheit abgeschlossen und bemüht sich derweil um den Abschluss neuer solcher Verträge. Diese zwischenstaatlichen Vereinbarungen treten erst dann in Kraft, wenn die Parlamente der jeweiligen Staaten sie ratifiziert haben.

Konkret koordiniert das vorliegende Abkommen die AHV- und Invaliditätsvorsorge, sodass Angehörige beider Staaten nicht benachteiligt oder diskriminiert werden können. Damit gewährleistet das Abkommen eine weitgehende Gleichbehandlung der Versicherten, regelt die Auszahlung von Renten ins Ausland und vermeidet Doppelbelastungen. Weiter enthält das Abkommen in Artikel 23 Verhinderungen von unrechtmässigem Leistungsbezug und somit eine Grundlage für die Bekämpfung von Missbräuchen.

Die durch das Abkommen verursachten jährlichen Mehrkosten werden sich gemäss Bundesrat auf etwa 2,5 Millionen Franken belaufen, davon gingen 2 Millionen Franken zulasten der Versicherungen und 500 000 Franken zulasten des Bundes. An dieser Stelle gilt es aber festzuhalten, dass die Auszahlung der Renten im Ausland dazu beitragen dürfte, dass sich mehr Rentnerinnen und Rentner dafür entscheiden, die Schweiz zu verlassen. Das wiederum kann, wie es der Bundesrat in seiner Botschaft geschrieben hat, zu Einsparungen bei den Unterstützungsleistungen wie Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen oder der Sozialhilfe führen. In Anbetracht des haushälterischen Umgangs mit öffentlichen Mitteln, welcher aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage – mit Inflation und einer Unsicherheit an den Finanzmärkten – angezeigter denn je ist, gilt es zudem festzuhalten: Für den Bund und die Schweizerische Ausgleichskasse in Genf, die für die Abwicklung des Abkommens zuständig ist, entsteht kein zusätzlicher Personalbedarf und somit keine zusätzlichen Lohnkosten.

Hinzu kommt, dass viele Rentnerinnen und Rentner, welche nach ihrem Renteneintritt nach Albanien zurückkehren, Bekannte, Freunde oder Familie vor Ort haben. Aufgrund der in der Schweiz gemachten Erfahrungen können die Rentnerinnen und Rentner innerhalb dieses sozialen Netzwerkes einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten. Das ist, gerade weil Albanien ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit im Balkan ist, im Interesse der Schweiz und stärkt die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Kooperation in Migrationsfragen.

Zu guter Letzt gilt es anzumerken, dass mit der Ratifizierung dieses Abkommens unser Sozialversicherungssystem mit allen Balkanstaaten koordiniert wäre, denn seit dem Inkrafttreten des Sozialversicherungsabkommens zwischen der Schweiz und Bosnien-Herzegowina am 1. September 2022 ist Albanien der einzige Balkanstaat, mit dem die Schweiz noch keinen Vertrag über die Koordinierung der sozialen Sicherheit abgeschlossen hat.

Da sich das Abkommen in eine lange Reihe bereits ratifizierter Vereinbarungen einreihet, gab es in der Kommission keine grossen Diskussionen darüber. Ihre Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit hat das Geschäft am 10. November 2022 beraten und mit 17 zu 6 Stimmen beschlossen, die Genehmigung des Abkommens zu unterstützen.

Glarner Andreas (V, AG): Albanien ist tatsächlich ein Schwerpunktland der schweizerischen

AB 2022 N 2110 / BO 2022 N 2110

Entwicklungszusammenarbeit. Die Schweizer Kolonie in Albanien umfasst – hören Sie gut zu – 70 Personen. Umgekehrt leben bei uns über 3000 Albaner, Tendenz steigend.

Das Abkommen garantiert die Auszahlung von Rentenleistungen an Personen mit Wohnsitz im Ausland, also einen klassischen Rentenexport. Ohne Vorliegen eines solchen Sozialversicherungsabkommens können die AHV- und IV-Renten nicht an ausländische Staatsangehörige ins Ausland überwiesen werden. Albanische Staatsangehörige können also dank dieses Abkommens neu bei definitivem Verlassen der Schweiz entweder ihre Rentenleistungen beziehen, also die Rente exportiert erhalten, oder sich die AHV-Beiträge erstatten lassen.

Zu den Kosten: Das Abkommen verursacht im Vergleich zu den bisherigen Beitragserstattungen Mehrkosten. Aufgrund des Exports der Leistungen entstehen Mehrkosten. Sie werden sich schätzungsweise auf 2,5 Millionen Franken belaufen. Davon gehen rund 2 Millionen Schweizerfranken zulasten der Versicherungen AHV



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2022 • Fünfte Sitzung • 05.12.22 • 14h30 • 22.057
Conseil national • Session d'hiver 2022 • Cinquième séance • 05.12.22 • 14h30 • 22.057



und IV und 500 000 Franken zulasten des Bundes. Immerhin gibt es gemäss Bundesrat keinen zusätzlichen Personalbedarf.

Die SVP-Fraktion lehnt das Abkommen aus folgenden grundsätzlichen Überlegungen ab:

1. Es fehlt einmal mehr die Berücksichtigung der Kaufkraftdifferenz zum Überweisungsland.
2. Das Abkommen führt zu einem Export der schweizerischen Sozialversicherungsleistungen.
3. Mit dem Abkommen werden die Kosten für die AHV um über 2 Millionen Franken verteuert, während die Kasse am Ausbluten und ihre Finanzierung nach 2030 noch keineswegs gesichert ist.

Es würde also einmal mehr Geld eines Sozialwerks ins Ausland exportiert, während sich die Rentnerinnen und Rentner hier in der Schweiz einen Besuch im Restaurant dreimal überlegen und vom Mund absparen müssen. Wir bitten Sie, nicht auf das Geschäft einzutreten.

Berset Alain, conseiller fédéral: Après ce débat d'entrée en matière, je n'ai pas grand-chose à ajouter, si ce n'est que j'aimerais rappeler que le contenu de cet accord avec l'Albanie correspond aux conventions de sécurité sociale que la Suisse a conclues avec d'autres Etats de la région. Cet accord se fonde sur des principes généralement applicables en droit international des assurances sociales. Cette convention prévoit l'égalité de traitement pour les ressortissants des Etats contractants, facilite l'accès aux prestations par la possibilité de prise en compte des périodes d'assurance, garantit l'exportation des rentes et évite la double assurance. Aussi, un élément relativement important est toujours présent dans nos conventions: il s'agit de la clause de lutte contre la fraude qui permet d'effectuer des contrôles sur le territoire de l'autre pays contractant. Les conséquences financières ont été mentionnées, elles sont relativement faibles.

La question que l'on doit se poser est de savoir si, dans le monde actuel, ce type de convention vise à permettre à celles et à ceux qui le souhaitent de retourner vivre au pays avec une rente. Cet élément nous paraît important pour ce qui est des décisions individuelles. Si vous avez cotisé pendant une vie entière au système social d'un pays, vous devez aussi pouvoir en profiter par la suite pour retourner dans votre pays d'origine. Sans compter que cela a non seulement pour avantage de permettre aux personnes concernées de se déplacer, mais que c'est aussi un élément qui, s'il a bien sûr des conséquences pour ce qui est de l'exportation des rentes, a aussi, lorsque les gens rentrent dans leur pays d'origine avec une rente, des conséquences pour ce qui est des économies dans notre pays, puisqu'ensuite des prestations complémentaires, des réductions de primes d'assurance-maladie ou de l'aide sociale seraient autant de prestations qui ne seraient pas versées, alors que les personnes concernées pourraient, dans certaines conditions, y avoir droit.

J'aimerais vous inviter, avec cette argumentation, à suivre votre commission et à adopter cette convention.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.057/25826)

Für Eintreten ... 125 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

(1 Enthaltung)

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Albanien über soziale Sicherheit

Arrêté fédéral portant approbation de la convention de sécurité sociale entre la Suisse et l'Albanie

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2022 • Fünfte Sitzung • 05.12.22 • 14h30 • 22.057
Conseil national • Session d'hiver 2022 • Cinquième séance • 05.12.22 • 14h30 • 22.057



Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 22.057/25827)
Für Annahme des Entwurfes ... 129 Stimmen
Dagegen ... 52 Stimmen
(2 Enthaltungen)